

9. Beilage im Jahr 2021 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 9/2021

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 28.01.2021

Betreff: Mit einer Umschulungs- und Qualifizierungsinitiative im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich einen Schritt aus der Arbeitsmarktkrise setzen!

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Coronakrise hat bekanntlich nicht nur gesundheitspolitische Folgen, sondern auch massive wirtschaftliche und schlussendlich arbeitsmarktpolitische Auswirkungen. Mit Anfang Jänner waren in Vorarlberg 15.695 Menschen arbeitssuchend gemeldet und 19.300 in Kurzarbeit. Die Branchen und die jeweils involvierten Mitarbeiter_innen waren und sind von der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in höchst unterschiedlichem Maße betroffen. Während in Bereichen wie dem Tourismus die Arbeitslosigkeit um 250% gestiegen ist, gibt es auch Beschäftigungsfelder, die die Auswirkungen weniger spüren oder sogar Personal aufbauen.

Im Bereich des Sozialwesens stieg die Arbeitslosigkeit weit unterdurchschnittlich. Gleichzeitig waren mit Dezember 2020 noch immer 227 Stellen in diesem Bereich unbesetzt und als offene Stellen beim AMS gemeldet. Gerade im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich wird der Personalbedarf und damit die Zahl der zu besetzenden Stellen tendenziell steigen. Aufgrund des demographischen Wandels, einer höheren Zahl an pflegebedürftigen Menschen, aber auch aufgrund des Ausbaus von ganztägigen Schulangeboten und Kinderbetreuungseinrichtungen, dem bereits jetzt akuten Pädagog_innenmangel und bevorstehenden Pensionierungen sowie durch krisenbedingten sozialpolitischen Mehrbedarf steigt der Personalbedarf weiter an.

Um diesen zukünftigen Mehrbedarf decken zu können, müssen auch in Vorarlberg Initiativen verstärkt gesetzt werden. In einer Zeit mit so vielen Arbeitsuchenden besteht ein großes Potenzial viele zusätzliche Vorarlberger_innen für diese Bereiche zu begeistern, sofern auch die entsprechend attraktiven Umschulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten vorhanden sind. Mit dem einstimmigen Beschluss des Voranschlages für das Land Vorarlberg für das Jahr 2021 stehen insgesamt 13.110.100 Euro für Beschäftigungs- und bildungspolitische Maßnahmen zur Verfügung, um eigenständig beschäftigungspolitische Schwerpunkte zu setzen.

Darüber hinaus wurde zugesagt, auch zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung zu stellen, um die Arbeitslosigkeit im Land so gering wie möglich zu halten und neue Chancen am Arbeitsmarkt bestmöglich zu nutzen.

Anfang des Jahres hat die Vorarlberger Landesregierung mit ihrer Kampagne #teameinhundert bereits einen ersten Schritt gesetzt, um 100 neue Mitarbeitende für die Bereiche Pflege und Betreuung zu gewinnen und damit die kommenden Herausforderungen in diesem Bereich zu bewältigen. Dabei wird auch auf bestehende und gut funktionierende Kooperationen in diesem Bereich gesetzt. Als ergänzender Schritt braucht es ebenso Umschulungs- und Qualifizierungsinitiativen, um nicht nur mehr Menschen für eine Tätigkeit in diesen Bereichen zu begeistern, sondern auch die entsprechende Qualität sicherzustellen.

Aber auch abseits der Pflege und Betreuung hat sich Vorarlberg Ziele gesetzt, die nur mit entsprechenden personellen Ressourcen erreicht werden können. Um chancenreichster Lebensraum für wirklich alle Kinder zu werden, braucht es auch eine entsprechende Zahl an ausgebildeten, engagierten Mitarbeiter_innen, sei es im Bereich der Elementarpädagogik, der Kinder- und Jugendhilfe, oder in den Schulen sowie der Schülerbetreuung.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice und den relevanten Stakeholdern im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich Umschulungs- und Qualifizierungsinitiativen (weiter-) zu entwickeln und dafür entsprechende finanzielle Mittel aus der Arbeitsmarktförderung vorzusehen, um offene Stellen in diesem Bereich schnellstmöglich zu besetzen und den steigenden Bedarf der kommenden Jahre vorausschauend zu decken. Dabei sollen folgende Aspekte im Fokus stehen:

- 1. Die bestehenden Hürden für eine Ausbildung in den oben genannten Bereichen (Ausbildungskosten, berufsbegleitende Möglichkeiten, zeitliche Einschränkungen, Betreuungspflichten, etc.) sollen identifiziert und abgebaut werden.***
- 2. Die notwendigen zusätzlichen Ausbildungsstellen sollen sichergestellt werden. Dafür bedarf es einer gemeinsam ausgearbeiteten, vorausschauenden Bedarfsplanung, die sich in der Zahl der Ausbildungsplätze niederschlägt und wofür die Voraussetzungen in den jeweiligen Bildungseinrichtungen (Plätze in Lehrgängen) geschaffen werden. Gleichzeitig muss eine entsprechende Zahl an Praktikumsplätzen geschaffen werden, wofür bestehende Hürden bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen identifiziert und abgebaut werden sollen.***
- 3. Die Kampagne #teameinhundert soll ausreichend unterstützt und vergleichbare Initiativen für andere Tätigkeiten im Sozial-, Gesundheits- und***

Bildungsbereich gesetzt werden. Dabei soll nicht nur die Attraktivität dieser Beschäftigungsfelder beworben werden, sondern auch die (weiter-) zu entwickelnden Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aufgezeigt und für Interessierte eine Vernetzung bzw. Beratung mit den etablierten Stakeholdern in den jeweiligen Bereichen sichergestellt werden.“

LAbg. KO Dr. Sabine Scheffknecht, PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG